

Antrag

der Abgeordneten Dr. Michael Kaufmann, Nicole Höchst, Dr. Götz Frömming, Dr. Marc Jongen, Martin Reichardt, Norbert Kleinwächter, Barbara Benkstein, Matthias Moosdorf, Carolin Bachmann, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Dietmar Friedhoff, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Fachkräfteinitiative für die Fusionsforschung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weltweit, auch in Deutschland, werden große Hoffnungen auf die Entwicklung der Kernfusionstechnologie hin zu anwendungsreifen Reaktoren gesetzt. Es ist erfreulich, dass Deutschland bei dieser Technologie noch zu den führenden Forschungsnationen gehört, insbesondere über den Stellarator Wendelstein 7-X in Greifswald. Den Vorsprung, den wir in dieser zukunftsweisenden Technologie stellenweise noch haben, gilt es zu sichern und zu verteidigen.

Zu diesem Thema und ausgehend von einem Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Stärkung der Fusionsforschung auf Weltklassenniveau“ (Bundestagsdrucksache 20/6907) veranstaltete der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung am 27. September 2023 eine Expertenanhörung. Darin wurde, insbesondere durch die Ausführungen von Prof. Dr. Hartmut Zohm, vom Max-Planck-Institut für Plasmaphysik, deutlich, dass neben den finanziellen Mitteln für die Fusionsforschung, der Mangel an qualifiziertem Personal eines der größten Probleme für die Entwicklung eines Fusionsreaktors hin zur Serienreife darstellt.

Prof. Dr. Hartmut Zohm sagte dazu wörtlich: „Wenn wir den Weg hin zu einem Fusionskraftwerk gehen wollen, dann müssen wir unsere Anstrengungen in der Ausbildung von klugen Köpfen auf diesem Gebiet deutlich verstärken. Im Augenblick ist es tatsächlich so, dass die Start-Ups und wir in der staatlich geförderten Forschung uns fast schon Konkurrenz machen, die klügsten Köpfe einzuwerben. Wir müssen einfach mehr ausbilden.“ Und weiter: „... zu diesem Ökosystem gehört auch eine breite Ausbildung in den Disziplinen, die notwendig sein werden, um ein Fusionskraftwerk zu bauen.“

Dieser prekäre Mangel an Fachleuten für die Fusionsforschung hängt aus Sicht der Antragsteller auch ursächlich damit zusammen, dass durch den politisch gewollten vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie und damit zugleich auch aus der Förderung der sie begleitenden Forschung viele Wissenschaftler und Fachkräfte, die für die

Fusionsforschung gebraucht würden, zwischenzeitlich aus Deutschland abgewandert sind.

So gibt es laut dem vom BMBF geförderten „Portal Kleine Fächer“ des Zentrums für Qualitätssicherung und -entwicklung der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz derzeit in Deutschland nur neun Professuren für angewandte Kernphysik.¹ Die European Nuclear Society zählt sogar nur acht Hochschulen in Deutschland, die überhaupt ein Studium mit Bezug zur Nuklear- und Kernfusionsforschung anbieten.²

Statt darauf zu setzen, dass die benötigten Spezialisten bei Bedarf aus anderen Ländern rekrutiert werden können, sollte die Bundesregierung daher proaktiv dafür Sorge tragen, dass in Deutschland eine ausreichende Anzahl an Spezialisten in den für die Entwicklung von Kernfusionsreaktoren relevanten Forschungsgebieten ausgebildet werden und diese dann in Deutschland ausreichend attraktive Arbeitsbedingungen vorfinden, um ihr Wissen und ihr Können auch in den Dienst der deutschen Forschung zu stellen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unter Einbeziehung der Expertengruppe Kernfusion beim BMBF, des Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik, des Forschungszentrums Jülich und des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT), sowie Vertretern der relevanten Start-Ups zu evaluieren, welchen Bedarf Deutschland in den kommenden zwei Dekaden an Spezialisten aus allen für die Kernfusion relevanten Fachbereichen haben wird (Plasmaphysik, Materialforschung etc.);
2. auf Grundlage dieser Bedarfsanalyse die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:
 - a. in Zusammenarbeit mit den Ländern darauf hinzuwirken, eine ausreichende Anzahl hochrangig besetzter Lehrstühle in den relevanten Forschungsfeldern einzurichten;
 - b. an den Hochschulen des Bundes, insbesondere der in der Materialforschung bereits führenden HSU Hamburg, und am maßgeblich durch den Bund finanzierten Karlsruher Institut für Technologie (KIT) eigenständig Lehrstühle und Studiengänge einzurichten, die dem in der Nummer 1 genannten Evaluierung ermittelten Bedarf entsprechen. Diese Lehrstühle sind formell und materiell so auszustatten, dass sie auch für weltweit führende Spezialisten attraktiv sind. Die Alexander-von-Humboldt-Professuren bieten hier beispielsweise eine geeignete Grundlage;
 - c. in Zusammenarbeit mit den Ländern im Rahmen des Schulunterrichts und der anschließenden Berufs- und Studienberatung eine Initiative zu starten, junge, an MINT-Berufen interessierte Menschen an die einschlägigen Studiengänge heranzuführen und für die Möglichkeiten der Fusionsforschung und der sie begleitenden Forschungsgebiete gezielt zu begeistern;
 - d. im Ausland gezielt um Studienanfänger in den relevanten Forschungsgebieten zu werben und diese mit attraktiven Stipendien auszustatten, die daran gebunden sind, dass die so geförderten Studenten nach Abschluss ihrer Studien wenigstens fünf Jahre in deutschen Forschungseinrichtungen tätig werden;

¹ www.kleinefaecher.de/kartierung/kleine-faecher-von-a-z?tx_dmdb_monitoring%5Bation%5D=showByLocations&tx_dmdb_monitoring%5Bcontroller%5D=DisciplineTaxonomy&tx_dmdb_monitoring%5BdisciplineTaxonomy%5D=9&cHash=f46200d2c460e08bd33fe0658db1f34f

² www.euronuclear.org/education-training/education/

3. um die Fachkräftelücke auf diesem Gebiet bereits zu schließen, ehe die hier skizzierte Ausbildungsinitiative Früchte tragen kann, unverzüglich damit zu beginnen, internationale Spitzenforscher der relevanten Forschungsgebiete gezielt anzuwerben;
4. Forschungsprojekte im Zusammenhang mit der Kernfusion grundsätzlich vom Besserstellungsverbot zu befreien und auch die bisherige Regelung, dass Gehaltsbestandteile, die über den Tarif des öffentlichen Dienstes hinausgehen, aus Eigenmitteln der Forschungseinrichtungen getragen werden müssen, für diese Forschungsbereiche aufzuheben.

Berlin, den 10. Februar 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

